Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich **Frauenbüro/Gleichstellungsstelle**	Datum 10.04.2003	
	Schriftführerin Gitta Schablack	Telefon-Nr. **02202/142647**

Niederschrift

Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	**Sitzung am** **Donnerstag, 27. März 2003**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:38 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **<u>Öffentlicher Teil</u>**

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 12.02.2003
214/2003

4. Mitteilungen der Vorsitzenden

5. Mitteilungen der Bürgermeisterin

6. Erläuterungsbericht zum ZOB Bergisch Gladbach

203/2003

7. Frauenhaus Bergisch Gladbach - Jahresbericht
94/2003

8. Themenplanung
212/2003

9. Haushaltsstelle "Verrechnung von Musterprodukten"
213/2003

10. Mögliche Beiträge des Aufgabenbereich „Tagesbetreuung für Kinder“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts und Eröffnung von Chancen für den Ausbau des Betreuungs- und Förderangebots
114/2003

11. Frauenpolitische Informationen
211/2003

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

B **<u>Nichtöffentlicher Teil</u>**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**

2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 12.02.2003**

Die Bürgermeisterin ergänzt die Vorlage insoweit, als sie auf das den Ausschussmitgliedern vorgelegte Schreiben an Frau Schöttler-Fuchs vom heutigen Tag hinweist, mit dem ihre Anfrage unter TOP 12 der Sitzung vom 12.02.2003 zum Verkauf der Kölner Außenwerbung abschließend beantwortet wird.

4 **Mitteilungen der Vorsitzenden**

Die Vorsitzende weist auf ihren in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadt-Anzeiger erschienenen und den Ausschussmitgliedern vorliegenden Leserbrief zu den von „Pro Gl“ veröffentlichten Sparvorschlägen für die Stadtverwaltung hin.

Weiter informiert sie darüber, dass das Frauenbüro Anmeldungen für die erfahrungsgemäß sehr schnell ausgebuchte Frauen-Rheinrundfahrt zum Thema „Von Rheintöchtern, Badenixen und Kindsmörderinnen“ am Samstag, den 12. Juli 2003, entgegennimmt. Die Fahrt wird vom Kölner Frauengeschichtsverein veranstaltet und kostet 18 €.

Die Vorsitzende bedauert, dass der ursprünglich für diese Sitzung vorgesehene Tagesordnungspunkt „Leitlinien für Mädchenarbeit“ der Stadt Bergisch wegen vorab verwaltungsintern zu klärender Kostenfragen nun erst im Rahmen der nächsten Sitzung am 16.07.2003 behandelt werden kann.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin weist auf das den Ausschussmitgliedern vorliegende Programm des Frauenbüros für das erste Kalenderhalbjahr hin. Es beinhaltet u. a. Termine für Themenabende des Frauengesprächskreises in der VHS, eine Übersicht über Informationsveranstaltungen für Berufsrückkehrerinnen im Arbeitsamt und die Einladung, an den Sitzungen des Gleichstellungsausschusses teilzunehmen.

Zum Inhalt der neu überarbeiteten und auf den Plätzen ausliegenden Fassung der Broschüre „Aufbrüche aus einem gewaltigen Alltag“ berichtet die Bürgermeisterin, sie solle betroffenen Frauen Mut machen und ihr Selbstbewusstsein stärken. Frauen sollten mit Hilfe der Broschüre ermuntert werden, klare Grenzen zu setzen und ihren Bewegungsraum auszudehnen, anstatt sich aus Angst zurückzuziehen. Die Neufassung wurde herausgegeben vom Arbeitskreis „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, dem das Frauenbüro angehört.

6 Erläuterungsbericht zum ZOB Bergisch Gladbach

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Kurz, der das Projekt Zentraler Omnibusbahnhof betreut. Herr Kurz führt ergänzend zur Vorlage aus:
Vertragsgemäß ist vorgesehen, bis Ende 2004 den heutigen Busbahnhof zu räumen und parallel zur Bahn eine attraktive Verknüpfung zum übrigen ÖPNV zu schaffen, das heißt u.a. bequem auf einer Ebene von der Bahn in den Bus zu steigen. Im Rahmen der Vereinbarungen hat die Bahn zu diesem Zweck zugesagt, das heutige Gleis um 20 cm tiefer zu legen. Diese Regelung beinhaltet eine deutliche Verbesserung für Menschen mit Behinderungen, Eltern mit Kinderwagen usw.
Zur Fahrplansicherheit und Entspannung der An- und Abfahrtsituation der Bahnen ist ein zweites Bahnsteiggleis geplant, ebenso wie die Vermarktung der Fläche vor Kopf der Gleise durch die Bahn. Ein neuer Stadtplatz soll an der Stelle entstehen, wo sich das heutige alte Empfangsgebäude befindet, das erst nach Schaffung eines Ersatzes in Form des Bahngebäudes verfügbar ist. Hierin beabsichtigt die Stadt, eine Mobilitätszentrale anzubieten ähnlich wie das von der RVK betriebene Kundenzentrum am Bensberger Busbahnhof, das den umfangreichen Informationsbedarf des Fahrgastes abdecken soll. In diesem Haus könnte die Stadt möglicherweise auch die öffentlichen Toiletten und den Aufenthaltsraum für Fahrer und Fahrerinnen inkl. Toiletten unterbringen.
Die Vorsitzende erinnert an ein im Rahmen der Planung des Busbahnhofes Bensberg in Auftrag gegebenes frauenspezifisches Gutachten, das sich bei der Umsetzung als sehr hilfreich erwiesen hat. Herr Kurz erläutert, dass die Kriterien unverändert seien und in der Planung versucht wurde, sie beizubehalten.
Aus Gründen der Finanzierbarkeit kann für die Busse lediglich ein provisorischer Warteaufstellplatz hergerichtet werden.

Die Fahrplaninformationen im neuen Busbahnhof sollen in zentralen Vitrinen einsehbar sein. Wegen der erwarteten Anzahl von täglich etwa 70.000 Passanten und Passantinnen sollen die Warteräume relativ groß gestaltet werden.
Auf Nachfragen von Frau Fahner berichtet Herr Kurz, dass eine dynamische Fahrgast- anzeige mit dem vorhandenen Budget zunächst nicht zu realisieren, im Rahmen der Förderung einzelner „Bausteine“ aber eine Umrüstung denkbar sei. Der Kabeltiefbau werde insoweit systemunabhängig vorbereitet. Die Anbringung eines Hin-

weisschilds für Ortsunkundige sei geplant. Es ist eine ausreichend helle Beleuchtung mit der Möglichkeit der Absenkung außerhalb der Verkehrsstunden vorgesehen. Das Beleuchtungsniveau sei dem des Busbahnhof Bensberg nachempfunden, d.h. es gibt helle Leuchtbänder, auch seien die Stufen ausreichend beleuchtet. Auf Nachfrage der Vorsitzenden berichtet Herr Kurz, dass die vorgesehenen Glasbauten aus satiniertem Sicherheitsglas bestehen werden. Zudem werde eine Notrufsäule in der Mitte angesiedelt und die Bahn gebeten, ihrerseits eine weitere Notrufsäule zu errichten. Es wird auch eine öffentliche Telefonzelle dort geben, der Sicherheitsgedanke sei also zufriedenstellend berücksichtigt worden.
Auf Anfrage von Schu berichtet Herr Kurz von der Planung, vier Taxistände unmittelbar an der Stationsstraße zu bauen. Aufstellfläche wird die Poststraße sein, die dort gesperrt wird, d.h. die Fußgängerzone wird nicht mehr befahren. In diesem Zusammenhang weist er auf das Recht des Fahrgastes hin, ein Taxi seiner Wahl zu nutzen, beispielsweise könne bei einem besonderen Sicherheitsbedürfnis auch das nächste Taxi mit einer Fahrerin ausgewählt werden, ohne eine bestimmte Reihenfolge einhalten zu müssen.
Herr Kurz führt zu den Nachfragen von Frau Kreft und Frau Böhrs aus, dass im aktuellen Planungsbereich vier Gruppen nicht überdachter Fahrradständer entlang der Stationsstraße auf der Seite des Busbahnhofes errichtet werden sollen, wobei nach seiner Auffassung eine aus frauenspezifischer Sicht möglicherweise wünschenswerte Überdachung die Gesamtkonzeption stören würde. Ohnehin sei unter den gegebenen finanziellen und räumlichen Rahmenbedingungen nur die vorgestellte Planung möglich. Auch die von Frau Fahner angesprochene Möglichkeit eines zentralen Fahrradständerbereiches verneint Herr Kurz aus Gründen fehlenden Raums. Frau Böcher befürwortet die haltestellennahen Abstellmöglichkeiten. Auf die erneute Frage der Vorsitzenden begründet Herr Kurz die Entscheidung gegen eine Überdachung der Fahrradständer damit, dass bei dem gegebenen Platzbedarf lediglich Teilbereiche überdacht werden könnten, was nicht für sinnvoll erachtet werde. In einem zurzeit ausgeklammerten Entwicklungsbereich seien jedoch Fahrradboxen vorgesehen. Auf Anfrage von Frau Kreft erläutert Herr Kurz, dass es im städtischen Bereich einen Fahrkartenautomaten geben wird, wegen der schlechten Erfahrungen an anderer Stelle aber zunächst keine Schließfächer. Ein Kiosk sei bereits vorhanden und im Rahmen der späteren bedarfsorientierten Vermarktung ebenso wahrscheinlich. Park & Ride – Plätze seien wegen Platzmangels nicht vorgesehen, ausreichende Möglichkeiten aber von den beiden Investoren in Aussicht gestellt. Eine von Frau Schöttler-Fuchs angesprochene Spielmöglichkeit für Kinder verneint Herr Kurz wegen der ausschließlichen Funktionalität des Bahnhofsbereiches. Frau Böhrs und Frau Schneider kritisieren die späte Befassung des Gleichstellungsausschusses mit der Planung des Busbahnhofes. Herr Kurz verweist insoweit auf den Fortbestand der Kriterien aus dem Gutachten zum Bensberger Busbahnhof, zudem sei eine Abstimmung mit Frau Fahner vorgesehen. Frau Fahner weist auch auf eine im Jahr 1999 von den Finte-Frauen durchgeführte Befragung zum Busbahnhof Bergisch Gladbach hin. Ein bislang nicht berücksichtigtes Ergebnis ist der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem sauberen Busbahnhof, der Beachtung finden sollte.

Frau Böhrs wendet erneut ein, dass nach ihrer Meinung keinesfalls von einer rechtzeitigen Befassung des Ausschusses mit der Thematik auszugehen sei, vielmehr sei dieser mit einem fertigen Planungsergebnis konfrontiert worden, das keine Veränderungen mehr ermögliche. Die Bürgermeisterin weist auf die Teilnahme von Frau Fahner an der Verwaltungskonferenz hin und schlägt vor, dort auffallende Themen nach Abstimmung mit der Bürgermeisterin in den Ausschuss zu bringen. Die genaue Verfah-

rensweise könne zwischen ihr und Frau Fahner abgesprochen werden.
Im Falle des Busbahnhofes beantwortet die Bürgermeisterin nun die offen gebliebene Frage zur späten Einschaltung des Ausschusses mit dem Hinweis, dass eine frühere Thematisierung aus ihrer Sicht und nach den Schilderungen von Herrn Kurz keinen Sinn gemacht hätte. Die Planung sei von Zuschüssen abhängig, für die selbst zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Bewilligungsbescheid vorliege. Es mache nur Sinn, Dinge zu beraten, die ein gewisses Maß an Verbindlichkeit hätten.
Auf Anfrage datiert Herr Kurz die anvisierte Fertigstellung der Baumaßnahme auf Ende 2004, wobei seine konkreten Planungen von einer Beendigung zum Ende des Monats März 2004 ausgehen.
Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Kurz für die umfassende Information.

7 Frauenhaus Bergisch Gladbach – Jahresbericht

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Hastrich.
Frau Schu bedankt sich für die informative Vorlage und fragt angesichts der in diesem Ausschuss anzustrebenden Gleichstellung nach dem Angebot entsprechender Einrichtungen für Männer. Herr Hastrich berichtet, dass es nach seiner Kenntnis in Deutschland bedarfsorientiert zwei Einrichtungen dieser Art gibt.

Im Einvernehmen mit den übrigen Ausschussmitgliedern zieht die Vorsitzende nun den Tagesordnungspunkt 10 vor.

10 Mögliche Beiträge des Aufgabenbereich „Tagesbetreuung für Kinder“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts und Eröffnung von Chancen für den Ausbau des Betreuungs- und Förderangebots (vorgezogen)

Herr Hastrich erläutert den Verwaltungsvorschlag auf der Grundlage einer überdurchschnittlich guten Ausgangssituation hinsichtlich der aktuellen Versorgungsquote. Die vorgeschlagene Umstrukturierung führt zu einem weiteren Ausbau der Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen unter Einsparung von Ressourcen. Die vorgesehene Ersparnis von etwa 1 Mio. im Jugendhilfebereich erfordert die Veränderung des Betreuungsangebotes, was im Wesentlichen zwei Maßnahmen zur Folge hat. Zum einen soll die Möglichkeit einer auf Landesebene bereits zwischen der freien Wohlfahrtspflege und dem zuständigen Ministerium getroffenen Vereinbarung der Betreuung der unter 3-Jährigen in den Regelgruppen genutzt werden. Dort werden für ein einjähriges Kind 3 und für ein zweijähriges Kind 2 ½ Plätze berechnet. In der angestrebten Betreuungsform wird eine Tagesgruppe so umgewandelt, dass sie von 20 vorhandenen auf 15 Plätze reduziert wird. Sie besteht dann aus 12 Kindern im Alter zwischen 3 Jahren und Grundschuleintritt und drei Kindern im Alter von 1 oder 2 Jahren. Die Betreuung von Kindern unter 12 Monaten ist in dieser Form nicht zulässig und wird auch pädagogisch als weniger erstrebenswert empfunden, wohingegen die Maßnahme der Einzelbetreuung etwa in Tagespflege sinnvoller erscheint. Die Vorhaltung von Tagespflegeplätzen ist entsprechend vorgesehen.
Diese Umwandlung der Gruppenform bedeutet andererseits, dass anders als in der kleinen altersgemischten Gruppe die Personalstärke, die jetzt 3 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter umfasst, auf 2 Betreuungspersonen reduziert wird.

Als zweite Maßnahme des Gesamtkonzeptes ist die Verlagerung der Hortgruppen in die offene Ganztagsgrundschule vorgesehen. Insofern hatte die Landesregierung im Februar 2003 einen entsprechenden Erlass vorgelegt, dass die Versorgung von Grundschülern künftig in der Grundschule stattfinden soll. Entsprechende Förderrichtlinien wurden herausgegeben mit dem Ziel, spätestens bis zum Schuljahr 2007/2008 die Förderung von Hortangeboten einzustellen. Die parallele Förderung außerschulischer Betreuungsformen an einem Standort ist nicht mehr vorgesehen. Nach den Förderrichtlinien lässt sich ein Betreuungsschlüssel von etwa 1 zu 50 finanzieren. Da die Verwaltung dies für pädagogisch unverantwortbar hält, ist vorgesehen, erhebliche Mittel, die durch die Umwandlung der Hortgruppen frei werden, zur Qualitätsabsicherung in die neuen Standorten einzubringen. Damit könnte an den 21 Grundschulen in Bergisch Gladbach für 40 % der Grundschüler die Vorhaltung eines zeitlich differenzierten Betreuungsangebotes erreicht werden.
Für das gesamte System bedeutet dies eine Einsparung von 1 Mio. Euro, weil letztlich etwa 40 Arbeitsplätze von etwa 500 Arbeitsplätzen dann nicht mehr gefördert werden. Dies soll in einem umfassenden Abstimmungsprozess mit den gesamten freien Trägern bis zum Schuljahresbeginn 2007/2008 umgesetzt werden. Nach den Erfahrungen der Personalfluktuation im Bereich der Kindertagesbetreuung kann davon ausgegangen werden, dass es nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen durch Kündigung kommt, sondern das Instrument der Nichtwiederbesetzung greift.

Frau Schöttler-Fuchs betont ausdrücklich, dass Sparmaßnahmen ausgerechnet an dieser Stelle gesellschaftlich nicht dienlich seien. Die SPD-Fraktion trage das Konzept deshalb nicht mit. Die Planung, drei zwei- oder einjährige Kinder mit einem naturgemäß erheblich höheren Betreuungsbedarf bei gleichzeitigem Personalabbau in eine Gruppe zu nehmen, sei völlig unhaltbar. Zudem seien einige Kindergärten nicht auf Ein- und Zweijährige ausgerichtet. Hier werde unter dem Vorwand der Haushaltssituation ein neues pädagogisches Konzept vorgelegt. Frau Schöttler-Fuchs hat 10 Punkte erarbeitet, die den Betreuungsbedarf von Kindern im Alter von 1 oder 2 Jahren darstellen und bietet interessierten Ausschussmitgliedern an, diese Information schriftlich zur Verfügung zu stellen. Zu Punkt 2.1 der Vorlage ersucht sie die Verwaltung, die fehlenden Betriebskostenabrechnungen für die Jahre 2001 und 2002 von 83 Einrichtungen voranzutreiben, hier lägen 40.000 € brach. Frau Böhrs beleuchtet den frauenspezifischen Aspekt dahingehend, dass in besonderem Maße die Frauen von der Umstrukturierung betroffen seien. Ihre Entscheidungsfreiheit werde beeinträchtigt, weil aufgrund der befürchteten qualitativen Einbußen in der Betreuung eher die Frauen aus ihrer Gewissensnot heraus ihre Erwerbstätigkeit aufgäben, um die Kinder zuhause betreuen zu können. Andere seien aus finanziellen Gründen gezwungen, schlechtere Betreuungsbedingungen in Kauf zu nehmen. Durch das Konzept werde die Entscheidung der Mütter gegen ihre Berufstätigkeit oder auch ehrenamtliches soziales Engagement unterstützt. Die Fraktion der Grünen lehne dieses Konzept daher grundlegend ab. Frau Kreft macht darauf aufmerksam, dass die Einrichtungen neben dem Betreuungs- auch einen Bildungsauftrag haben und stellt den Bezug zur Pisa-Studie her. Es habe gesellschaftlich fatale Folgen, ausgerechnet an der Förderung der Kinder zu sparen. Die Tragweite eines solchen Beschlusses müsse allen klar sein.
Frau Fahner begrüßt, dass die Stadt Bergisch Gladbach durch Ausweitung des Platzangebotes im Bereich der 0- bis 3-Jährigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundsätzlich unterstützen möchte. In vielen Familien zeichne sich die finanzielle Notwendigkeit ab, dass beide Elternteile erwerbstätig sein müssen. Andererseits sei auch der vielfach im Frauenbüro eingegangene Protest der Eltern und deren Sorge Ernst zu nehmen, dass mit qualitativen Einbußen in der Betreuung zu rechnen ist. Mit

der Entscheidung für die Umstrukturierung werde die Kindertagesstättenlandschaft gravierend verändert, und zwar mit nachhaltiger Wirkung. Eine gewissenhafte Abwägung sei an diesem Punkt besonders wichtig. Frau Fahner regt eine vorausgehende Diskussion mit Expertinnen und Experten an, mit Trägern, mit Erziehern und Erzieherinnen. Im Rahmen des Hortbereichs sei ebenfalls positiv hervorzuheben, dass sich die Verwaltung das Ziel gesetzt hat, die Betreuungsplätze für Grundschulkinder weiter auszubauen und dass ein Großteil des eingesparten Geldes für den Hortbereich in die Qualität der zukünftigen Hortbetreuung investiert werden soll. Auch in diesem Bereich sei jedoch vor einer Entscheidungsfindung die fachkundige Einschätzung durch Expertinnen und Experten notwendig. Frau Böcher sieht den Fachbereich 5 an der Grenze des Leistbaren, was die Sparmaßnahmen angeht, und sieht die nach den neuen Förderrichtlinien entstehende Versorgungssituation von 1 zu 50 im Hortbereich als besonders kritisch an. Frau Schu und Frau Holtzmann halten die getroffenen Landesvorgaben für ursächlich für die bestehende Kostenproblematik der Stadtverwaltung. Auch Frau Koshofer sieht die Stadtverwaltung angesichts zu geringer Fördermittel in einer schwierigen Situation hinsichtlich der Ganztagsgrundschule, schließt sich im übrigen dem Ansatz von Frau Fahner an.
Frau Schöttler-Fuchs hält die Realisierung der angestrebten offenen Ganztagsgrundschule mangels entsprechender Bereitschaft der Schulen für fragwürdig. Bezüglich der Versorgung der unter einem Jahr alten Kinder in Tagespflege befürchtet sie, dass die Verwaltung nicht genügend Plätze vorhalten kann, es gebe nicht genügend Tagesmütter.
Frau Kolloch sieht die Erzieherinnen dank ihrer Fachausbildung in der Lage, die angestrebte Umstrukturierung zu bewältigen.

Die Vorsitzende bedauert zusammenfassend, dass ausgerechnet an der Versorgung der Kinder haushaltsbedingt 1 Mio. Euro gespart werden müssten.

In Beantwortung der vorausgegangenen Kritik berichtet Herr Hastrich, dass die vorliegende Sparmaßnahme ein Teil des Beitrages des Sozial- und Jugendhilfebereiches zur notwendigen Haushaltskonsolidierung der Stadt Bergisch Gladbach sei. Dabei sei zu berücksichtigen, dass der städtische Haushalt etwa 23 Mio. für Kindertageseinrichtungen brutto und knapp 11 Mio. netto vorsehe. Ein solch hoher Posten könne bei erforderlichen Einsparungen nicht ausgeklammert werden.

Die Vorsitzende übergibt Frau Holtzmann als stellvertretender Vorsitzenden die Sitzungsleitung um 19.05 Uhr und verlässt das Sitzungszimmer.

Herr Hastrich führt aus, dass es bei der Betreuung der unter 3-Jährigen einen gravierenden Einschnitt gebe, der nicht mehr den klassischen Standards entspreche, durchaus aber den schon seit Jahren bestehenden Vereinbarungen zwischen dem Landesministerium und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege.

Die Vorsitzende übernimmt die Sitzungsleitung wieder um 19.08 Uhr.

Die Vorstellung des Konzeptes im Rahmen einer Mitteilungsvorlage bedeute gleichzeitig Offenheit für Diskussionen und zusätzliche oder alternative sinnvolle Verbesserungsvorschläge, z.B. Sparmaßnahmen an anderen Stellen dieses Systems, wie auch bereits von freien Trägern und Elternvertretern genannt. Die Vorsitzende fasst zusammen, dass das Konzept auch unabhängig von den Sparzwängen sinnvoll erscheine, mit Ausnahme des Stellenabbaus, der zwangsläufig zum Qualitätsabbau in der

Kindergartenlandschaft führen müsse. Auch nach ihrer Auffassung sei dringend eine Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten in den Einrichtungen erforderlich. Herr Hastrich bestätigt, dass er auch unabhängig von der Haushaltssituation für den Umbau des Systems eintrete, er allerdings im Falle einer günstigeren Finanzsituation Verbesserungsvorschläge einbringen würde. Sicher sei auch, dass die Versorgungsquote in etwa dann gehalten werden könne, wenn unter Nutzung der neuen Struktur fast jede Einrichtung bis zu drei Kleinkinder aufnimmt. Mit dieser Entwicklung werde gerade der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung getragen. Das Land gebe im Grundsatz nur vor, die offene Ganztagsschule bis 2007 einzurichten. Dies sei im Rahmen der Haushaltssicherung sukzessive vorgesehen, im Interesse der Kinder, der Familien, der Schulen und der Träger in einem weiten zeitlichen Rahmen, der im Zusammenwirken mit den freien Trägern Nachbesserungen bei eingeräumten qualitativen Problemen erlaube. Im Hortbereich werde es Qualitätsverluste geben. Der Fachbereich 4 (Schulen) und der Fachbereich 5 (Jugendhilfe) werden in einer gemeinsamen Ausschusssitzung am 03. Juni 2003 zum Themenkomplex „offene Ganztagsschule“ ein gemeinsames Konzept vorlegen. Darin soll eine Strukturierung aufgezeigt werden, die etwa ein Niveau zwischen Hausaufgabenhilfe und Hortbetreuung in einem überschaubaren Finanzrahmen gewährleisten kann.
Herr Hastrich berichtet von einem kürzlich mit Sprechern der Elterninitiativen geführten Gespräch, das zu der Erkenntnis geführt habe, dass eine Menge an Fehlinformationen entsprechende Befürchtungen vorangetrieben hätten. Insofern sei ihm besonders an einem politischen Konsens nicht nur für den Aus-, sondern auch für den Umbau gelegen und auch daran, zusammen mit den Trägern und der Politik eine Lösung zu finden, die von allen mitgetragen werden kann. Aus seiner Sicht sei wichtig, eine qualitativ vertretbare aber finanziell günstigere Lösung für die Betreuung der unter 3-Jährigen zu finden. Herr Hastrich stimmt mit Frau Kreft überein, dass insbesondere in die Bildung der jüngeren Kinder investiert werden müsse. Dies belege im Ergebnis die Pisa-Studie.
Abschließend kündigt Herr Hastrich an, dass grundsätzlich nach wie vor eine überdurchschnittliche Förderung der Einrichtungen durch die Stadt geplant sei, wobei für die offene Ganztagsgrundschule überproportional viele Landesmittel für Bergisch Gladbach erwirkt werden sollen.

Angesichts der besonderen Tragweite dieses Konzeptes stellt Frau Kreft den **Antrag,** einen Beschluss zu fassen. Nach eingehender Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden **Beschluss:**

> **Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann begrüßt das Konzept insoweit, als die Tagesstättenplätze für alle Altersgruppen nicht nur auf dem jetzigen Niveau gehalten, sondern weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann der Verwaltung, insbesondere in der geplanten Betreuungsform für die 0- bis 3-Jährigen das Vorgehen noch einmal mit den verschiedenen Expertinnen und Experten (z.B. den Trägern) zu diskutieren mit dem Ziel, Lösungen zu finden, die einen qualitativen Abbau für diesen Bereich verhindern.**

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und Herrn Hastrich.

8 Themenplanung

Frau Kreft stellt den **Antrag**, wegen der fortgeschrittenen Zeit nur noch die dringend erforderlichen Tagesordnungspunkte zu behandeln. Auf Anregung der Vorsitzenden stimmen die Ausschussmitglieder darin überein, den Tagesordnungspunkt 8 „Themenplanung“ auf die nächste Sitzung zu verschieben.

9 Haushaltsstelle „Verrechnung von Musterprodukten“

Frau Fahner gibt auf Nachfrage ergänzende inhaltliche Informationen.

11 Frauenpolitische Informationen

Es gibt keine zusätzlichen Beiträge zu diesem Tagesordnungspunkt.

12 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Böhrs berichtet von einer angekündigten Übernahme der städtischen Straßenlaternen durch ein Privatunternehmen.

Daraus ergeben sich folgende

Anfragen:

1. **Ist bei Veräußerung der städtischen Straßenlaternen an ein Privatunternehmen der Sicherheitsstandard (beispielsweise ausreichende Helligkeit) für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet?**

2. **Kann ggf. der Blankovertrag den Ausschussmitgliedern zur Durchsicht zur Verfügung gestellt werden?**

Die Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.36 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Vorsitzende | Schriftführerin